



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

1/VII/48 - 27.2.52

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

Regierung und Verteidigungsbeitrag	S. 1
Rußlands Interesse an Schweden	S. 3
Hessische Landkreisordnung und Remilitarisierung	S. 5
Italiens Sozialisten	S. 7

Ein zweifelhafter Verteidigungs-Beitrag

R.D. Die Bundesregierung hat sich nach dem Wortlaut des Kommuniqués über den Verteidigungsbeitrag gegenüber den Hohen Kommissaren bereit erklärt, zusätzlich zu den im Haushalt vorgesehenen Ausgaben monatlich 850 Mio M für Verteidigungszwecke bereit zu stellen. Sie hat sich damit, entgegen ihren bisherigen Erklärungen - die Forderung der "Drei Weisen" bedeute Deutschlands wirtschaftlichen und sozialen Ruin und stürze uns in die Inflation - auf eben diese Forderungen festgelegt, sogar ohne Garantie dafür, daß die bisherigen Ausgaben für Berlin-Hilfe, Grenzschutz, Wehrmächts-Pensionen etc. auf diesen Betrag angerechnet werden. Schäffer erklärte: Er hofft, später diese Anrechnung durchsetzen zu können; neue Steuern ständen trotzdem nicht bevor, wenn sich der Bundestag weise Beschränkungen in der Ausgabenbewilligung auferlege; seine "harte veranschauende Steuerpolitik" mache neue Steuern unnötig, sofern die Länder 40% statt bisher 27% der Einkommens- und Körperschaftssteuern an den Bund abführen. Auf die sozialen Wirkungen dieser Schäffer'schen Konzeption wird noch zurückzukommen sein.

Um keinen Irrtum aufkommen zu lassen: Dieser Beitrag wurde von der Bundesregierung selbst vorgeschlagen und er kostet uns im Beitragsjahr 1952/53

1. Vier Monate (April-Juli 1952) à 500 Mio	= 2 Mrd M
2. Acht Monate (August 52-März 53) à 850 Mio	= 6,8 " "
3. Berlin-Hilfe, Bereitschaftspolizei, Grenzschutz	= 2,3 " "
4. Überhängende Besatzungskosten	= 1,3 " "
	<hr/>
	12,4 Mrd M

In diesem Betrag sind nicht einbezogen: Ausgaben für 13ler, Kosten für gewisse Vertriebenen-Gruppen, die den übrigen Ländern der europäischen Verteidigungsgemeinschaft als Verteidigungsbeitrag in Anrechnung gebracht werden. Die weitverbreitete Version von 10,2 Mrd M Belastung für das erste NATO-Jahr ist

falsch.

Bezeichnend ist, daß die Bundesregierung - und insbesondere der Bundesfinanzminister, der stets mit Kürzung seines Sozial Etats droht - die in der Frage des Lastenausgleichs, der Engpaß-Investitionen, des Wohnungsbaues usw. eine weitere Belastung des Etats und der deutschen Wirtschaft nicht für möglich hielten, diesen Beitrag für tragbar halten. Jahre hat die Regierung für die oft unzulängliche Erledigung dieser Fragen gebraucht, einige sind heute noch nicht erledigt. Zu diesem Vertrag aber konnte der Staatssekretär Hallstein "mit Befriedigung feststellen", daß das Zeitprogramm, das wir uns gestellt haben, im wesentlichen erfüllt ist". Schäffer begründete diese Eile: "Um das Verteidigungsprogramm nicht scheitern zu lassen" und das an dem gleichen Tage, an dem der republikanische, noch am ehesten isolationistischen Vorstellungen zugängliche Präsidentschaftskandidat, Senator Taft, erklärte: Die Vereinigten Staaten würden ihr Interesse an Deutschland niemals verlieren, auch wenn Bonn den Vertrag über die europäische Verteidigungsgemeinschaft nicht ratifizieren sollte.

Wieder ist von der Bundesregierung eine Vorleistung gegeben worden - ein definitives Zugeständnis für einen Verteidigungsbeitrag - ohne daß auch nur eine der Voraussetzungen erfüllt wäre, die selbst die zustimmungsfreudige Regierungskoalition für notwendig hielt. Woher nimmt sich die Bundesregierung das Recht für so weitgehende und spezielle Zusagen auf Etatmittel, ehe vom Bundestag überhaupt eine grundsätzliche Entscheidung über einen Wehrbeitrag getroffen ist? Fühlt sie sich so stark, gegen den Willen des Volkes, gegen die Warnung der Opposition und mit ihrer geringen parlamentarischen Mehrheit ein Präjudiz zu schaffen? Und schließlich, welchen Wert legen die Mächte der NATO, der europäischen Verteidigungsgemeinschaft - angesichts der latenten Bedrohung des sozialen Standards Deutschlands durch die Höhe des Verteidigungsbeitrags und seiner strikten Ablehnung durch die unzweideutige Mehrheit der deutschen Bevölkerung - einem solchen demokratisch nicht fundierten Zugeständnis der Bundesregierung bei? Halten sie diesen Vertrag tatsächlich für einen Garantiebeitrag für die deutsche Demokratie und darüber hinaus für die militärische Sicherheit Europas?

Man hat dem deutschen Volke, unter dem Zeichen der Kollektivschuld, und insbesondere der deutschen Arbeitnehmerschaft, den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie nach zwei Weltkriegen den Vorwurf gemacht, daß sie diese Kriege nicht verhindert, die Demokratie nicht ausreichend geschützt haben. Man möge es nicht provozieren, daß sich das Volk und seine Organisationen, insbesondere die parlamentarische Opposition, zur Begründung praktischer Abwehrmaßnahmen auf diesen Vorwurf beziehen.

+ + +

Rußlands gefährliches Interesse an Schweden

Von unserem Skandinavienexperten

Zwei große Spionageaffären innerhalb weniger Monate in einem neutralen Land sind mehr als ungewöhnlich. Sie greifen mitten in das Nervenzentrum seiner mit großen Opfern aufgebauten Verteidigung. Zu wessen Gunsten diese Spionage betrieben wurde, liegt klar zutage. Sowohl der Marinespion Andersson wie der ein volles Jahrzehnt tätige Ausforscher der Landverteidigung Schwedens, Enbom, sind oder waren eingefleischte Kommunisten. In beiden Fällen erhielten sie ihre Aufträge direkt durch Mitglieder der russischen Gesandtschaft oder von als Presseleute getarnten russischen Agenten.

Schweden ist ein großes Land mit einem Flächeninhalt von 449,165 Quadratkilometern und einer kleinen Bevölkerung von sieben Millionen Einwohnern. Mit seiner Landesgrenze gegen Norwegen und Finnland von 2193 km und seiner vielgliederten Küste von 7624 km Länge ist es scheinbar nur schwer zu verteidigen. Außerdem hat die schwedische Regierung im Konflikt zwischen Ost und West ihre sehr ernst gemeinte Neutralität erklärt und - zum Unterschied von Dänemark und Norwegen - den Anschluß an den Atlantikpakt standhaft verweigert. Warum also konzentriert sich die Sowjetunion mit ihrer Spionage trotzdem so stark auf dieses friedliche Land ?

Dafür gibt es eine Reihe wichtiger Gründe. Schweden ist heute nach Rußland die stärkste Ostseemacht. Sie sperrt den Ostblock vom Atlantik ab. Der Oeresund steht unter schwedischer Kontrolle und der große Belt unter jener der atlantischen Streitkräfte. Die schwedische Flotte wird von manchen Fachleuten sogar als jener der Sowjetunion gleichwertig betrachtet. Sie umfaßt sieben Panzerschiffe, sechs Kreuzer, 29 Zerstörer, 16 Torpedoboote, 25 U-Boote, 17 Vedetten und 42 Minensucher. Gewiß, die Panzerschiffe sind veraltet, aber das gilt auch für jene der russischen Ostseeflotte, die noch aus der Zeit vor dem ersten Weltkrieg stammen. Überlegen sind die Sowjets nur bei den U-Booten. Ein ständiger Ausbau der schwedischen Marine mit mittleren und beweglichen Einheiten hat jedoch zum Ziel, das vorhandene Gleichgewicht aufrecht zu erhalten.

Auch zu Lande und in der Luft ist Schwedens Verteidigungskraft nicht zu verachten. Die im Jahre 1948 begonnene Armeereform ist beendet und hat eine vollkommen moderne Truppe geschaffen. Diese ist weitgehend motorisiert und die Infanterie ist - soweit sie nicht per Achse befördert wird - allgemein mit Fahrrädern ausgerüstet. Die Artillerie wird aus eigenen Waffenfabriken versorgt und Boforskanonen z.B. sind wegen ihrer hohen Qualität und Treffsicherheit allgemein bekannt. Bei der Herstellung von Kampfflugzeugen hat man sich weitgehend vom Auslande unabhängig gemacht und die wichtigsten Werkstätten sind in Granitfelsen eingesprengt. Im Ernstfalle können 50000 wohlgeübte Mannschaften mobilisiert werden, wozu noch die 100000 kampffähigen Heimwehrlente kommen.

Die lange Küste ist nur scheinbar schwer zu verteidigen. Schären und Holme sind den Einfahrten zu den wichtigsten Häfen vorgelagert und bilden einen natürlichen Schutzgürtel. Die Fahrrinnen können durch Minenfelder oder Küstenartillerie leicht abgesperrt werden. Deren Lage auszukundschaften, war die Aufgabe des Marinespions Andersson. Aber sie können dadurch nur lokalisiert, nicht beseitigt werden und bleiben, solange sie intakt sind, ein Hindernis für jeden Angreifer.

Schweden hat zu Lande eine schwache Stelle - an der Grenze gegen Finnland. Dort wurde, mit dem Zentrum Boden, ein gewaltiges und ausgedehntes unterirdisches Festungswerk errichtet, das einen Riegel gegen einen Angreifer bildet, der über Finnland nach dem Nordwesten vorstoßen will. Darum versuchten die Sowjets, mit Hilfe der Spioneliga Ebonen darüber einiges zu erfahren, und sicher nicht ohne Erfolg.

Man ist in Schweden über die Spionagefälle ernstlich beunruhigt, aber nicht erschüttert. Man weiß nun, was der Gegner weiß und das ist auch etwas wert. Freilich, neue Opfer werden notwendig sein, um die Scharte auszuweiten. Heute schon läßt sich Schweden seine bewaffnete Neutralität etwas kosten. Im Haushaltsplan für das Jahr 1952 sind als Verteidigungskosten 1,5 Mrd Kronen eingesetzt, das sind 19% der gesamten Staatsausgaben. Dabei wurde der erheblich höhere Sozialetat nicht gekürzt, sondern noch erhöht.

Rußland hat sich durch seine Spionage in Schweden keine Freunde geschaffen. Seine Absichten sind durchschaut und seine eventuellen strategischen Pläne nicht aussichtsreicher geworden. Im Süden ist der sowjetische Zangengriff durch das Ausbrechen Jugoslawiens aus der Ostfront schartig geworden. Im Norden aber bleibt Schwedens starke Verteidigungsbereitschaft eine Tatsache, die jeden sowjetischen Angriffsplan empfindlich stört. Dies weiß man in Moskau und dies sollte eigentlich auch den westlichen und unseren bundesrepublikanischen Kriegshysterikern nicht völlig unbekannt sein.

Hessische Landkreisordnung und Remilitarisierung

H.H. Eine der ersten kommunalpolitischen Forderungen der SPD war es, eine einheitliche Gemeindeverfassung zu schaffen, die nicht nur für die Stadt- und Landgemeinden in ganz Deutschland gelten, sondern auch auf die Kreis-, Bezirks- und Provinzialverbände angewandt werden sollte. Vor allem wurde die Kommunalisierung der Landkreise und die Abschaffung des staatlichen Landrates gefordert. In den Landkreisen ist die Kommunalverwaltung bedeutend jünger als in den Städten. In Preußen konnte sie beispielsweise erst im Jahre 1872 bescheiden durch die damalige Kreisordnung verwirklicht werden. Der preußische Landrat, früher vor allem Rittergutsbesitzer, der sich mit der Monarchie und damit mit dem preußischen Staat identifizierte, ist heute noch zu bekannt. Erst über den mühsamen Weg der Verwaltungsgerichtsbarkeit konnten die Vorrechte des Landrates zugunsten der gewählten Volksvertreter allmählich eingeschränkt werden. In der Entmachtung des Landrates sah man dann eine unerträgliche Entmachtung des Staates überhaupt.

Die Abschaffung des staatlichen Landrates und die Einführung der rein kommunalen Landkreisverwaltung in der britischen Zone durch die rev.DGO vom 1. April 1946 waren ein großer Sieg der Selbstverwaltung. In der amerikanischen Zone wurde nach dieser Richtung hin nur ein halber Schritt getan. Hessen hat das Versäumte jetzt nachgeholt und mit der Landkreisordnung vom 20. Februar 1952 die echte Kommunalisierung seiner Landkreise durchgesetzt. Die CDU ist damit absolut unzufrieden. Ihre Haltung ist interessant und aufschlußreich zugleich. Vor zwei Jahren, als sie in Hessen noch in der Koalitionsregierung saß, war sie, wie alle fortschrittlichen Selbstverwaltungsanhänger, für die Abschaffung des staatlichen Landrates. Der Wandel in der Auffassung der CDU über den kommunalisierten Landrat fällt zusammen mit den ersten Gesprächen über die Remilitarisierung in Deutschland. Mitte vorigen Jahres erklärte ein maßgeblicher CDU-Landrat, daß die Wiedereinführung des staatlichen Landrates in der britischen Zone unumgänglich sei, wenn die Remilitarisierung in Deutschland komme. Der starke Arm des Staates müsse dann notwendigerweise bis in die Gemeinden greifen können . . .

Der Bundeskanzler, der bekanntlich weitestgehend demokratische Selbstverständlichkeiten mißachtet, um die Remilitarisierung in Westdeutschland durchzusetzen, hat also offenbar sogar die Kommunalpolitiker seiner Partei so weit bestimmt, daß sie die alten Grundforderungen der kommunalen Selbstverwaltung für die Remilitarisierung über Bord werfen müssen. Der DUD - der Pressedienst der CDU/CSU - spricht in einem Aufsatz von einer "Verschlechterung des staatlichen Verwaltungsapparates in Hessen, die die absolute Majorität der SPD gegen die Front der CDU durchgesetzt habe".

Jawohl, die Einschränkung des staatlichen Verwaltungsapparates in Hessen ist zugunsten der kommunalen Selbstverwaltung durchgesetzt worden. Die echte kommunale Selbstverwaltung in Stadt und Land ist die Urzelle eines wirklich demokratischen Deutschlands. Deshalb heißt auch die Wahlparole der SPD für die Kommunalwahlen 1952: "Deine Gemeinde in Deiner Hand". Das versteht der einfache Bürger. Er weiß, daß nicht die Remilitarisierung, sondern der gesunde Aufbau der Gemeinden und Kreise den demokratischen Aufbau Deutschlands sichern. Und das ist wirklich "hochpolitisch".

+ + +

Biologische Düngung

Irgendwann einmal, zu einem Zeitpunkt, der ihnen günstig erscheint, tauchen sie alle wieder auf, die Größen der Nazizeit, und wo sie nicht gleich die ganze Öffentlichkeit für sich haben können, wie die Remers und die Harlans sie suchen, begnügen sie sich mit einem fachlichen Kreis, wie die Blunks oder Grimms es tun. Wo die Generale und die Dichter reden, können auch die Bauern nicht schweigen, und so steigt also auch Hitlers in Bad Harzburg lebender einstiger Reichs ernährungsminister Darré jetzt wieder auf seinen Misthaufen.

Darré suchte sich einen geeigneten Kreis von Landwirten in Niedersachsen und ließ sich dort in einen neugebauten Ausschuß für biologisch-dynamische Düngung wählen. Er ist also buchstäblich auf den Misthaufen gestiegen; und daß er ebenso wenig hinzugelernnt hat wie alle anderen seiner engeren Zeitgenossen, zeigt wohl schon die biologisch-dynamisch-mystische Ausschuß-Benennung zur Genüge. Der betonte Kampf gegen den Kunstdünger, den sich der "Kreis um Darré" zum Ziel gesetzt hat, ist bezeichnend für die unentwegt erhalten gebliebene Blut- und Boden-Theorie des Harzburger Bauern- und Front-Kämpfers.

Zu Darrés Amtszeit lief ein Spruch durch die deutschen Lande oder zumindest durch die deutsche Landwirtschaft: Lieber zehn Jahre Dürre als ein Jahr Darré. Hätten wir doch diese zehn Jahre Dürre gehabt! Sie wäre uns besser bekommen als die in die Praxis umgesetzte biologische Düngetheorie, nach der ein Boden nicht lebenspendend ist, wenn er nicht mit Blut gedüngt wird.

R.G.

+ + +

Saragat zurückgedrängt

H.P. Die Krise innerhalb der italienischen sozialistischen Bewegung konnte auf dem kürzlich stattgefundenen Parteitag nur dadurch vorübergehend gelöst werden, daß man die Vertreter der fünf verschiedenen Richtungen in das mit der Leitung betraute Sekretariat berief. Dieses Sekretariat wurde jetzt aufgelöst, und an seine Stelle ist ein geschäftsführender Parteivorstand von sieben Mitgliedern getreten.

Die Parteileitung, in der die sogenannten Linksgruppen elf Sitze und die anderen nur zehn Sitze hatten, faßten die Beschlüsse zur Besetzung des geschäftsführenden Parteivorstandes mit nur einer Stimme Mehrheit. Als Resultat wurden Saragat und Simonl von der Führung der Geschäfte ausgeschlossen und Guiseppe Romita zum Generalsekretär der Partei gewählt. Stellvertretender Generalsekretär wurde Matteo Matteotti.

Diese Veränderung wird seine politischen Konsequenzen haben. Auf Antrag Saragats sollte ein außerordentlicher Parteikongreß einberufen werden, um vor allem über die Stellung der italienischen Sozialisten zu eventuellen Wahlbündnissen mit den Monarchisten und mit den Kommunisten und ihren Satelliten, den Nenni-Sozialisten, zu beraten. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Saragat muß die Unterstützung von einem Fünftel der Bezirke erhalten, wenn er die Einberufung eines Parteikongresses trotzdem erzwingen will. Somit wird nun die Krise in der Führung der sozialistischen Partei bedauerlicherweise in die Reihen der Mitgliedschaft getragen. Der ohnehin geschwächten Position der Sozialisten Italiens ist damit ein weiterer Stoß versetzt worden.

+ + +

Verantwortlich: Peter Haunau